



Ständige Vertretung
der Bundesrepublik Deutschland
bei der O S Z E
Permanent Mission
of the Federal Republic of Germany
to the OSCE

PC.DEL/983/03
4 September 2003

Original: GERMAN
English attached

Wien, 4. September 2003

Es gilt das gesprochene Wort !

OSZE-Konferenz zu Rassismus, Fremdenfeindlichkeit und Diskriminierung, Wien 04./05.09.2003

Staatsministerin im Auswärtigen Amt Kerstin Müller

Sehr geehrter Herr Vorsitzender,

die Entscheidung des niederländischen OSZE-Vorsitzes, Rassismus, Fremdenfeindlichkeit und Diskriminierung als neues OSZE-Schwerpunktthema zu behandeln, zeugt angesichts der weltweit zunehmenden Probleme in diesem Bereich von größter Weitsichtigkeit. Ich begrüße diese Entscheidung und gratuliere dem niederländischen OSZE-Vorsitz zu diesem Entschluss!

Mit dieser hochrangigen Konferenz setzen wir ein weithin sichtbares Zeichen unserer Entschlossenheit, Rassismus und Intoleranz auch über die nationalen Grenzen hinaus zu bekämpfen. Ich bin überzeugt, daß es insbesondere der OSZE als der einzigen gesamteuropäischen Organisation, die auf dem umfassenden Sicherheitsbegriff basiert, hierbei gelingt, wichtige Impulse zu geben und neue Strategien zu entwickeln.

Denn wir wissen alle: Rassismus, Fremdenfeindlichkeit und Diskriminierung sind eine Kampfansage an jede demokratische Gesellschaft, die auf Respekt, Toleranz und Verständnis unter den Bürgern und Bürgerinnen ungeachtet von Geschlecht, Herkunft, Hautfarbe oder Religionszugehörigkeit beruht. Das gilt nicht nur für den OSZE-Raum, sondern weltweit.

Die Abwehr von Unfreiheit, totalitären Ideologien, Rassismus und der Schutz vor antidemokratischen und extremistischen Angriffen – kurz: die Auseinandersetzung mit den Feinden der Freiheit - ist die permanente Aufgabe aller demokratischen Kräfte.

Die Bundesregierung ist überzeugt, daß Rassismus, Fremdenfeindlichkeit und Diskriminierung nur dann wirksam und erfolgreich bekämpft werden können, wenn Staat und Zivilgesellschaft gemeinsam einen langfristigen, umfassenden und mehrdimensionalen Ansatz verfolgen, der auch internationale Lösungen im Blick hat.

Die Bundesregierung verfolgt hierbei ein "Vier Säulen Konzept":

Erstens: Im Zuge unserer nachhaltigen Menschenrechtspolitik haben wir die Einrichtung eines regierungsunabhängigen **Menschenrechtsinstituts** unterstützt, das neben Dokumentation und Information auch aktive Politikberatung betreibt. Seit 1998 hat der Deutsche Bundestag einen eigenen Ausschuss für Menschenrechte gebildet. Und: mit der Einrichtung des Amtes eines "Beauftragten der Bundesregierung für Menschenrechtspolitik und Humanitäre Hilfe" hat die Bundesregierung ihrem Engagement sichtbaren Ausdruck verliehen.

Zweitens: Entscheidend für den Bestand der offenen, demokratischen und multikulturellen Gesellschaft ist das friedliche und respektvolle Zusammenleben der Bürgerinnen und Bürger. Dazu gehört ein gesellschaftlicher Konsens über gemeinsame Werte und Normen und die Bereitschaft, sich hierfür einzusetzen. Hierzu bedarf es einer tiefgreifenden **Stärkung der Zivilgesellschaft** und Förderung von Zivilcourage. Der Menschenrechtsgedanke muß tief in der Gesamtgesellschaft verankert und von ihr aktiv verteidigt werden. Extremistische Übergriffe dürfen nicht verschwiegen, hingenommen und geduldet werden. Die Bundesregierung arbeitet deshalb eng mit der Zivilgesellschaft wie etwa mit dem Forum gegen Rassismus zusammen. Dort beraten regelmäßig 80 Vertreter von NROs mit Regierungsvertretern über alle Fragen, die Rassismus und Fremdenfeindlichkeit betreffen. Im übrigen gehört die Menschenrechtserziehung zum Kernbereich des Bildungs- und Erziehungsauftrags unserer Schulen.

Drittens: Die **erfolgreiche Integration von Migrantinnen und Migranten** ist ein entscheidender Faktor im Kampf gegen Rassismus und Diskriminierung. Eine moderne Zuwanderungs- und Integrationspolitik ist daher eines unserer wichtigsten Anliegen. Das von der Bundesregierung eingebrachte **Zuwanderungsgesetz** regelt die staatliche Integrationsförderung und schafft erstmals **Rechtsansprüche auf Integrationsleistungen** wie Sprach- und Orientierungskurse. Nicht Abkapselung und Abschottung, sondern Integration und gleiche Rechte sind das zentrale Element um Rassismus und Fremdenfeindlichkeit entgegenzutreten. Daher haben wir ein neues **Staatsangehörigkeitsgesetz** verabschiedet, das mit der Einführung des *jus soli* ehemalige Ausländerinnen und Ausländer zu Inländern macht. Ferner will die Bundesregierung noch in dieser Legislaturperiode ein **Antidiskriminierungsgesetz** einbringen, das Minderheiten Rechte an die Hand gibt, gegen Diskriminierungen vorzugehen.

Viertens: Die vierte Säule basiert auf der staatlichen Bekämpfung rassistischer Übergriffe durch effektive Maßnahmen, die auf die Täter und ihr Umfeld zielen. Hierzu haben wir ein umfassendes strafrechtliches Instrumentarium geschaffen. Neben der konsequenten Arbeit der Sicherheitskräfte sind für uns der Schutz und die Unterstützung der Opfer rassistischer Gewalttaten prioritär. Darüberhinaus verfolgen wir konsequent kriminalpräventive Ansätze und bieten Möglichkeiten zum "Ausstieg" aus der extremistischen Szene (sog. Aussteigerprogramme).

Sehr geehrter Herr Vorsitzender,

Lassen Sie mich zusammenfassen: Rassismus, Fremdenfeindlichkeit und Diskriminierung stellen uns vor komplexe Herausforderungen, die staatliches und zivilgesellschaftliches Handeln erfordern. Ich bin überzeugt, daß wir hiergegen letztlich nur gemeinsam durch eine beharrliche, langfristige und nachhaltig angelegte Strategie, die sich mit den Ursachen auseinandersetzt, erfolgreich sein werden. Entscheidend wird dafür ein entschlossenes Eintreten von Politik und Gesellschaft für Respekt, Akzeptanz und Anerkennung der Unter-

schiedlichkeit von Kulturen und Lebensweisen, sowie für die Gewährung von gleichen Rechten sein. Hierzu kann die OSZE einen wesentlichen Beitrag leisten.

Ich wünsche uns, daß wir durch den Austausch von Erfahrungen und Strategien einen wichtigen Schritt bei der Bekämpfung von Rassismus, Fremdenfeindlichkeit und Diskriminierung voran kommen. Dabei sollten wir auch über mögliche Instrumente im Rahmen der OSZE nachdenken. Ich halte in diesem Zusammenhang vor allem das von den EU-Staaten vorgeschlagene Follow-up für die Beobachtung von Intoleranz und Rassismus für einen guten Vorschlag. Ich wünsche uns, daß wir diese Konferenz zu einem Meilenstein im Kampf gegen Rassismus, Fremdenfeindlichkeit und Diskriminierung machen.